

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

305 (30.12.1921)

Der Deserteur und sein militärischer Dienstmann

Die Veröffentlichung des Briefwechsels Wilhelm-Sindenburg hat eine umfangreiche Presserörterung über die Flucht des Kaisers am 9. Nov. 1918 ausgelöst. Wilhelm behauptet in seinem Schreiben an Sindenburg darüber folgendes:

Wie Sie wissen, habe ich mich zu dem schweren, fürchterlichen Entschluß, außer Landes zu gehen, nur auf Ihre und meiner übrigen berufenen Ratgeber dringende Vorstellungen durchgerungen.

Mit diesem Satz versucht Wilhelm, die Autorität Sindenburgs schützend vor den Mafel seiner Ausreisepolitik zu stellen. Nun erinnert die „Post, Bl.“ daran, daß Sindenburg selber vor Jahr und Tag eine ganz andere Darstellung der Dinge gegeben hat. Im Juli 1919 veröffentlichte die deutschnationale Presse eine Erklärung Sindenburgs, in der es heißt:

Der Generalfeldmarschall verließ den Kaiser um 5 Uhr, nicht mit dem Gedanken der Trennung, sondern in der festen Überzeugung, seinen kaiserlichen Herrn am nächsten Tage wiederzusehen und seine endgültigen Befehle entgegenzunehmen. Gegen 11 Uhr kam der Generaloberst v. Pleß zum Generalfeldmarschall in dessen Geschäftsgebäude und teilte ihm mit, daß Seine Majestät sich inzwischen entschlossen habe, dem Vortrag am Nachmittag entsprechend, nunmehr nach Holland abzureisen.

Die Erklärung sagt weiter, der Generalfeldmarschall habe von der am 10. November erfolgten Abreise „erst erfahren, nachdem sie ausgeführt war“.

Also: Wilhelms Brief stellt Sindenburg als den geistigen Urheber der Flucht nach Holland dar, in Sindenburgs Darstellung vom Juli 1919 erscheint der Feldmarschall als der durch die Abreise Wilhelms vollkommen Ueberraschte. Die feine Ausreisepolitik der „Majestät“ mit dem sonst so großen Mundwerk wird durch alle Versuche nicht beschönigt werden können.

Rosa Luxemburg keine Volksewistin

Die Veröffentlichung der hinterlassenen Schrift Rosa Luxemburgs hatte die KPD in Verlegenheit verwickelt. Schließlich tat die Zentrale, was sie in allen Angelegenheiten tun pflegt: Sie verteidigte sich hinter einer Erklärung Klara Zetkins. In dieser Erklärung wurde behauptet, die Broschüre Rosa Luxemburgs entspräche nicht der Auffassung, die Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schubhaft und bis zu ihrer Ermordung in der Öffentlichkeit vertreten habe. Gegen diese Darstellung protestiert nun Paul Ränge, einer der Mitbegründer des Spartakusbundes, in einer Zuschrift an die „Freiheit“.

„Was Klara Zetkin schreibt, ist falsch. Rosa Luxemburg hat sich nie dazu hergegeben, etwas einfach deswegen zu schreiben, weil es von den Volksewisten gewünscht wurde. Sie ist auch innerlich nie Volksewistin geworden; sie wünschte nicht, ein politisch unwillkürliches Proletariat durch demagogische Mittel zu beherrschen; sie wollte vielmehr die politische Intelligenz und Tatkraft des Proletariats steigern, damit es Herrscher werde.“

Wenn nach dem Kriege der organisatorische Zusammenschluß des Spartakusbundes mit den deutschen Leninisten durch die Gründung der kommunistischen Partei erfolgt ist, so entsprach das weniger den inneren Wünschen Rosa Luxemburgs, als vielmehr der Absicht, nicht neben dem Spartakusbund eine neue Partei entstehen zu lassen. Das noch heute schwarz auf weiß vorliegende Programm des Spartakusbundes war ein Verbleib, eine Demonstration gegen die bolschewistische Politik. Der Versuch Klara Zetkins, die historische Gestalt Rosa Luxemburgs zu einer Anhängerin der bolschewistischen Politik, zu einer Terroristin zu machen, wird von all denen zurückgewiesen werden, mit denen sich diese gerade in den Januar Tagen 1919 über solche Fragen ausgesprochen hat.“

Aus der Partei

Forchheim, 28. Dez. Kommen den Sonntag (Neujahrstag) veranstaltet die Sozialdem. Partei eine Jahresversammlung. Den unterhaltenden Teil des Programms hat die freie Feuerwehr und der Arbeitergesangverein übernommen. Alle Parteien, freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Volkstheaterbesucher sind eingeladen, mit ihren Familienangehörigen zu erscheinen. Die Feier beginnt abends 7 Uhr und findet im Vereinslokal „Zum Schwanen“ statt.

Effehard

82 Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Gibt's keine besseren Leute zu fassen im Hohenwielers Burgfrieden, Jungfrauen? fragte Herr Spazzo.

Wenn man je eine Sehnsucht hätte, war Pragedis' Antwort, so sind die besseren Leute ausgeritten und fahren in Nacht und Nebel herum und kommen erst am hellen Tage in einem Aussehen wieder heim, daß man meinen könnt', sie hätten Irrelichter eingetangen, wozu?

Da hatte Herr Spazzo seinen Teil. Er hatte aber ein Gefühl geist, von seinem nächsten Mit samt Rudardrauf und since luna kein Wörtchen zu verplaudern. Wozu soll ich Euch helfen? fragte er demüthig.

Eine Laube herrichten! sprach Pragedis. In abendlicher Sommerhitze will die Herzogin hier Hof halten — es sollen Geschichten erzählt werden, alle Geschichten, Herr Kammerer, je wunderbarer desto besser! Unsere Herrin hat das Lateinische fast bekommen, sie will was anderes, Ungeschriebenes, Einheimisches, Ihr müßt auch Euer Scherzlein beitragen.

Gott sei meiner Seele gnädig! sprach Herr Spazzo, wenn unter einer Frauen Herrschaftsführung nicht alles wunderbar herginge, so müßt man sich noch verwundern. Gibt's keine fahrenden Sänger und Saitenspieler mehr, die um einen Helm voll Weines und eine Hirtenleule die Kehle heiser singen von derlei Mären? Da steigen wir hoch im Werte! Landflüchtige Rosenreißer, Warden und derlei müßige Gesellschaft soll man mit Nutzen ausschauen, und wenn sie drum klagen, sei ihnen der Schatten eines Mannes an der Wand verabreicht als Entgelt. Ich dank' für die Ehre.

Ihr werdet tun, was befohlen wird, als getreuer Dienstmann, der noch Rechenschaft schuldig ist über gewisse Geschäftsführungen beim Hohenwielers Weinstock, sprach Pragedis. Es ist doch lustiger, als Latein zu buchstabieren. Gibt Ihr keine Lust, den gelehrtsten Herrn Effehard auszusuchen?

Der Wirt leuchtete dem Kammerer ziemlich ein. Gebt mir den Tuschpfeil, sprach er, daß nur das Feldbach spannen. Er stieg zum Horen auf und festigte die Enden im Geiß. Gegenüber waren hohe Stangen eingeschlagen, von blauer Vohnenblüte

Um Sein oder Nichtsein der Presse

Die allergrößte Zahl der deutschen Zeitungen rinnt schon seit Monaten schmer um die Erhaltung der Existenz. In geradezu rasenden Sprüngen sind die Preise für alle zur Herstellung einer Zeitung erforderlichen Materialien auf eine phantastische Höhe gegangen.

Soeben haben die Papierfabrikanten zum 1. Januar einen Papierpreis festgesetzt, der einfach als ungeheuerlich bezeichnet werden muß.

Ab 1. Januar kostet ein Waagon Zeitungspapier 70 000 Mark gegen 2050 Mark der Vorkriegszeit.

Und diese ungeheuerliche Preissteigerung ist ganz plötzlich den Zeitungsverlegern gestellt worden.

Die kapitalistischen Methoden, die stellenweise in den wüsten Taumel einer alle Schranken niederbrechenden Profitmacherei ausgearbeitet sind, bedrohen somit aufs ernsteste auch die Existenz der Presse.

An der bürgerlichen Presse, die ja ebenfalls um Sein oder Nichtsein kämpfen muß, rächt sich heute ihre, dem kapitalistischen Treiben stets willfährige, zu allen Diensten bereit Haltung.

So muß der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger diesen Notschrei ausstoßen:

„Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hundertfünfundzigfache gesteigerten Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Inserenten überwälzen können. Nun war der Wagen Druckpapier, der im Frieden 2000 M. kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37 000 M. gestiegen war. Pöblich wird hierauf ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die Erhöhungen der Löhne. So wachsen plötzlich die gesamten Produktionskosten in riesigen Summen zusammen, zu denen auch eine Verbilligung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stände.“

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungsgewerbe aufrechtzuerhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen.

Naturngemäß ist die Arbeiterpresse durch diese Lasten auf das allerhärteste getroffen worden.

Wenn bei dieser Wendung der Dinge zum Katastrophalen, die Sozialisten ihrer Presse nicht die Treue halten würden, ist mit der großen Gefahr zu rechnen, daß die Arbeiterbewegung ihre vornehmste Waffe im Kampfe, eben ihre Presse, einbüßt.

Niemand täusche sich über den Ernst der Situation!

Ingeachtet der horrenden, so plötzlich eingetretenen Steigerung der Materialpreise muß wohl oder übel eine abermalige

Erhöhung des Bezugspreises den Abonnenten zugemutet werden.

Der „Volksfreund“ wird ab 1. Januar pro Monat 12 Mark

kosten. Selbstverständlich müssen, da die Auflage für alle Zeitungen eingetreten ist, auch die bürgerlichen Zeitungen ihre Bezugspreise erhöhen. Sie werden für alle täglich erscheinenden karlsruher Zeitungen mindestens 12 Mark pro Monat betragen.

Wir wissen sehr wohl, daß die neue Erhöhung für unsere Leser bedeutet, die zum übergroßen Teil der wertvollen Bevölkerung angehören, die ohnehin aufs schwerste mit den Nöten des gegenwärtigen Lebens zu ringen hat. Aber, ohne eines Kampforgan nicht die wertvolle Bevölkerung dem kapitalistischen Wüten und Toben beinahe ganz machtlos gegenüber.

Die Arbeiterpresse hält den Arbeitern, Angestellten und Beamten stets die Treue, wir erwarten, daß die Arbeiterpresse auf den gebotenen Gegendienst bestimmt rechnen kann.

Redaktion und Verlag des „Volksfreund“.

Das unergänzte Reichskabinett

Wiederholt ist in den letzten Monaten die Frage erhoben worden, wann die bisher unbesetzten Ressorts des Reichsaussenministers und des Reichsfinanzministers ausgefüllt werden sollen bzw. aus welchem Grunde dies bisher nicht geschehen sei? Die Diskussion ist bisher weiter geschleppt worden, ohne daß irgend eine amtliche Stelle es für erforderlich hielt, Stellung zu nehmen und den Fragenden Auskunft zu erteilen. Inzwischen hat sich eine Situation ergeben, die das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes als schlechtliegend unmöglich erscheinen läßt. Die außenpolitische Gestaltung der Dinge, die Ausprägung des Reparationsproblems, die bevorstehende Konferenz in Cannes usw. machen es unbedingt erforderlich, daß Deutschland endlich den Außenministern der Entente einen eigenen Außenminister zu präsentieren imstande ist. Wenn heute die Forderung nach einer schleunigen Besetzung des Außenministerpostens erneut erhoben wird, so soll damit der Persönlichkeit wie den Fähigkeiten des Reichskanzlers Dr. Brüning keinen Abbruch getan werden. Wer die Grabsichtigkeit seiner Politik von ihren Anfängen bis zum gegenwärtigen Augenblick verfolgt hat, wird nicht im Zweifel über die großen Qualitäten dieses Mannes sein. Dennoch ist es aus grundsätzlichen wie aus taktischen Erwägungen unmöglich, daß Herr Dr. Brüning, der durch seine Kanzlerstätigkeit mehr als genug belastet ist, auch weiterhin das Ressort des Außenministers verwalte.

Nicht anders steht es mit dem Ressort des Finanzministers. Was von den Fähigkeiten des Kanzlers Dr. Brüning gesagt wurde, darf nicht ohne weiteres auf den Reichsernährungsminister Dr. Herms übertragen werden, gegen dessen fachliche Qualifikation doch wohl in allen Verbrauchertreuen stärkste Bedenken bestehen. Dennoch vermag dieser Mann nebenher das Ressort des Finanzministers, und dies bei einem Zustand unserer finanziellen Verhältnisse, daß auch der geschulteste Finanzkennner Schwierigkeiten haben dürfte, den Etat einigermaßen zu balancieren. Soll das Reichsernährungsministerium imstande sein, seine Aufgaben auf dem Gebiet der Volksernährung auch nur einigermaßen zu lösen, so muß es von dem gewaltigen Komplex der Finanzfragen endlich entlastet werden.

Worauf wartet man? Es läßt sich nachgerade der Eindruck nicht vermeiden, als wollten gewisse Reichsstellen die unbesetzten Ressorts der Deutschen Volkspartei reservieren. Es herrscht Grund zu der Annahme, daß es gerade führenden politischen Kreisen nicht erwünscht ist, diese Überzeugung als in der Bevölkerung vorherrschend zu wissen. Mögen sie dafür sorgen, daß endlich durch die schleunige Ergänzung des Kabinetts mit den richtigen Männern jener Verdacht aus der Welt geschafft wird.

Die „Soziale Praxis“ über die Forderungen der Beamten

Die bekannte Zeitschrift „Soziale Praxis“, die stets ehrlich und energisch nicht nur für die berechtigten Forderungen der Arbeiter, sondern auch der Angestellten und Beamten eingetreten ist, richtet an die Beamten diese Mahnung anlässlich der neuen Forderungen der Beamten:

„Die neuen Vorschläge der Organisationen sind völlig unannehmbar; ja, wir wollen bei aller Sympathie für die vom Wege einer gewissen gewerkschaftlichen Politik hier leider abirrenden großen und verdienten Organisationen ganz deutlich sagen: sie sind ein Stöckchen! In einer Lage, die von der staatlichen Wirtschaft größte Sparmaßnahme erfordert, in einer Lage, die jeden Augenblick dazu führen kann, daß die Entente die Aufwendungen für die Befolgung von Beamten und Angestellten des Staates genau so beschneidet, wie sie das zum Teil im besetzten Gebiet schon getan hat, kann man das Vergehen der Beamtenorganisationen nur als eine Niederträchtigkeit dieser jungen Verbände ansehen und nicht genug bedauern, daß die Arbeiterorganisationen sich von einer solchen verhängnisvollen Politik ins Schlepptau nehmen lassen. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten immer wieder unsere warnende Stimme erhoben, leider nur gemeinsam mit wenigen Tageszeitungen. Nach diesem wieder kehrt uns die „Soziale Praxis“ schließlich wieder die Parteien des Reichstags, von den Parteien unserer Partei, die den Staat an der Gurgel fassen, kapitalistisch zu erbeuten, wir wollen davon absehen, wie sehr sie durch solche Dinge der junge deutsche Parlamentarismus kompromittiert; aber wir wollen ausdrücklich wiederholen, daß das Bewilligen maßloser Beamtenforderungen einen neuen großen Schritt auf dem Wege zur entsetzlichen Finanzkontrolle über Deutschland darstellt. Es gibt Leute, die einer solchen Kontrolle durchaus nicht mit dem Gefühl, daß sie für unser Vaterland bedeutsam wäre, gegenüberstehen; mancher Deutsche ist über die heutige Lage so entsetzt, daß er einen anderen Ausweg aus der demagogischen gegenseitigen Heberbeugung der Parteien schon überhaupt nicht mehr sieht. Gerade Organisationen aber, die den

hat er sich angeleidet aufs Lager geworfen und im Schlaf gesprochen.

Meine Laube, hat er gesagt, die du in den Spalten der Hellen dich verbirgst und den Rücken des Gesteines, zeig' mir dein Angesicht, laß deine Stimme klingen in meine Ohren, denn die Stimme ist süß und dein Angesicht schön; und ein Anderer hat er gesagt: Warum küßest du den Knaben vor manen Augen? was hoff' ich und säum' ich noch in löblichen Landen?

Da schaut's gut aus, küßte Herr Spazzo der Ordeidm zu, habt Ihr das auf dem Gewissen?

Die Herzogin aber sprach zu Burkard: Du wirst selber geträumt haben. Spring' hinauf und laß' deinen Ohm, daß er heruntersteige, wo wir seiner warten.

Sie ließ sich anmutig auf dem thronartigen Sitz nieder. Da kam Effehard mit dem Klosterknecht an den Garten. Er sah blaß aus; sein Bild war unruhig und trüb. Er neigte sich stumm und setzte sich an des Tischs entgegengesetzt Ende. Burkard wollte seinen Schemel zu Füßen der Herzogin rücken wie gestern, da sie Virgil lasen, aber Effehard fund auf und zog ihn an der Hand zu sich herüber. Hierher! sprach er. Die Herzogin ließ ihn gewähren.

Sie schaute in die Runde. Wir haben gestern behauptet, sprach sie, daß wir in unsern deutschen Sagen und Geschichten so viel schöne Gelegenheit zur Kurzweil besitzen, als weiland die Römer in ihrem Heldenlied von Aeneas. Und sicher weiß ein jedes von uns etwas von schneller Heiden Fichten und feister Burgun Vredchen, von treuer Liebsten Scheidung und feister Könige Vergangnis; des Menschen Herz ist mannigfach geartet, was der eine seitab liegen läßt, mutet den andern an. Darum haben wir die heutige Tagfahrt geordnet, daß von jedem unserer Getreuen, wie das Los entscheidet, ein anmutig Stück erzählt werde, und behalten uns vor, dem beherzigenden einen Preis auszugeben. Siegt einer von euch Männern, so mög' er das alte Trinkhorn gewinnen, das aus König Dagoberts Zeiten her droben im großen Saal hängt; siegt meine treue Pragedis, so wird ein Schmuckstück ihrer harten. Galmzug bestimme den Anfang!

Pragedis hatte hier Grashalme von verschiedener Länge geordnet und reichte sie der Herzogin.

Soll ich für den jungen Berschwärmer auch ein Halmlein beifügen? fragte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Der Wiederaufbau in Oppau

Das Untersuchungsverfahren

Bekanntlich fehlte der Reichstag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, das gleiche tat Bayern. Beide Ausschüsse suchten ihre Arbeiten gemeinsam auszuführen oder doch gegenseitig zu ergänzen. Der Untersuchungsausschuss hat auf der Unglücksstelle die Stätte seiner Tätigkeit aufgeschlagen. Mit ihm arbeiten Beamte der Gewerbeaufsicht und der Unfallversicherung. Die vom Verband der Fabrikarbeiter aufgestellte Forderung, daß die Arbeiter und ihre Betriebsvertretung an der Klärung der Sache beteiligt werden, ist erfüllt. Der Arbeiterrat hat das Recht, Jenseits zu vernehmen, deren Aussagen weiterzugeben, nach eigenen Entschlüssen Anforderungen zur Durchführung der Untersuchung zu stellen und Vorschläge zu machen. Wenn man trotzdem bis heute noch zu keinem Ergebnis gekommen, liegt das an der Größe des Objektes.

Die Hilfsaktion

Bis zur vierten Tagung des Untersuchungsausschusses am 6. und 8. Dezember in Ludwigshafen waren eingegangen beim Hilfsausschuß in Berlin 31 529 686 M., beim Hilfsausschuß in Ludwigshafen 36 586 812 M. In diesen Summen liegen 10 Millionen Reichsmark und ein Vorkurs von der bayerischen Regierung von 5 Millionen Mark. Zur Durchführung der Unternehmung ist das Hilfswerk Oppau bestimmt, dem Vertreter der Gewerkschaften und des Fabrikarbeiterverbandes angehören.

Die Höhe der Unterstützung an die Hinterbliebenen wird nach Sätzen bemessen, die die Unfallfabrik für ihre Werkangehörigen übernommen hat, das sind 2000 M. Sterbegeld an Angehörige von Verheirateten, 1500 M. an Angehörige Lediger und 50 Proz. des jeweiligen Tariflohnes. Die Verunglückten und Hinterbliebenen solcher, die nicht zum Werte gehören, unterliegen der Zuständigkeit des Staatskommissars. Es besteht die Absicht, die Rente für die Hinterbliebenen auf 80 Proz. des jeweiligen Tariflohnes zu bringen. Die Unfallrenten sollen zum vollen jeweiligen Tariflohn erhöht werden. Nach der Aufstellung des Ludwigshafener Ausschusses sollen die eingegangenen Gelder in erster Linie zur Deduktion des Personenschadens in Anspruch genommen werden. Dafür sind zurzeit 30 Millionen Mark in Ansatz gebracht.

Verwüstung und Aufbau

Der Sachschaden ist bislang auf 321 Millionen Mark berechnet worden. Vollständig zerstört sind 312 Haupt- und 366 Nebengebäude. 1450 Gebäude sind beschädigt. Davon sind 76 Wohn- und 177 Nebengebäude bereits wiederhergestellt. 533 Wohn- und 531 Nebengebäude werden zurzeit instand gesetzt. Zur Unterbringung der Personen aus vollständig zerstörten Häusern waren bis zum 6. Dezember 47 große Militärbaracken gebaut, in denen 276 Familien mit 1099 Personen Aufnahme gefunden haben. Der Bau von weiteren 8 großen Militärbaracken ist durch den Zimmererstreik unterbrochen worden; zu einer Ausnahme haben sich die streikenden Zimmerer nicht verstehen können. Die in Baracken Wohnenden leiden natürlich unter den Unbillen der Witterungsverhältnisse und Jahreszeit. Um die Lage erträglicher zu machen, wurden ihnen Heizmaterialien teilweise umsonst überwiesen, daneben haben sie Kartoffeln zu angemessenen Preisen, einzelne Lebensmittel auch kostenlos erhalten.

Der Unglücksfall ist zum größten Teil geräumt. Gesprennt wird vom Tage des Unglücks an nicht mehr. Ein neues auf hydraulischem Druck beruhendes Verfahren ist in Anwendung. Zur Bänderung des Glens reichen die eingegangenen Mittel leider nicht aus, mögen Quellen der Hilfsbereitschaft für die Opfer der Arbeit noch weiter fließen.

August Bruch, M. d. R.

republikanisch-demokratischen Gedanken stark betont, sollten sich doch einige Gedanken darüber machen, welcher Schande und welcher Gefahr sie das neue Staatswesen durch unmäßige Anforderungen an seine vernichtete Finanzkraft entgegenstellen. Wir wissen, daß wir mit diesen Ausführungen manchem Freunde in der Beamtenbewegung weh tun, aber wir sind doch auch ganz sicher, daß wir etwas aussprechen, was von vielen Tausenden denkender Beamten genau so empfunden wird wie von uns. Die Reichsregierung muß gegenüber allen Anforderungen, die über technische Verbesserungen des letzten Tarifs hinausgehen, steinhart bleiben und einen etwaigen Beamtenstreik mit der sofortigen Entlassung derjenigen Beamten, die zurzeit entbehrlich werden können, beantworten."

Das Zentrum für ein Steuerkompromiß

Die „Germania“ äußert sich eingehend über die innenpolitischen Vorbereitungen zu den Entscheidungen, die in wenigen Tagen in Garmisch fallen werden. Dazu meint nun das Zentrum:

„Der Reichstag hat schon begonnen, diesem Stand der Dinge seine Aufmerksamkeit volltätig zuzuwenden. Er hat die Verfestigung der Defizitwirtschaft in der Reichspostverwaltung mit unerwünschter Energie in Angriff genommen, trotzdem es nicht an lauten Widersprüchen aus den am schwersten betroffenen Wirtschaftskreisen gefehlt hat. Aber außergewöhnliche Notwendigkeiten erzwangen eben auch das Betreten außerordentlicher Wege. Wie bei der Post, so muß es auch bei der Reichsfinanzverwaltung geschehen, so muß es zuletzt in der Steuerfrage geschehen. Wir dürfen es in unserer Politik, mag sie zunächst noch so sehr innerdeutschen Charakter tragen, keinen Augenblick die außenpolitischen Bindungen außer Acht lassen. Wer diese Bedeutung der dem Reichstag vorliegenden Steuerfrage bedingt, der wird mit uns dafür eintreten müssen, daß die ganze Steuerfrage durch ein schnelles und großzügiges Kompromiß erleichtert wird.“

„Sehr schön. Die Wege, die bei der Reichspost beschritten werden sind, halten wir für falsch. Ein „großzügiges“ Steuerkompromiß wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn der Besitz möglichst restlos und gemäß seiner großen steuerlichen Leistungsfähigkeit erfaßt wird. Kompromisse in der umgekehrten Richtung wären verhängnisvoll und für uns unannehmbar.“

Die vorstehende Auslassung der „Germania“ wird durch die folgende Nachricht ergänzt:

Berlin, 30. Dez. Wie dem „Berl. Volksanzeiger“ zufolge aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Reichskanzler Dr. Brüning vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags die Führer der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung einladen, um ihnen nahezu legen, sich über ein Kompromiß über die Steuererforderungen zu einigen.

Gewerkschaftliches

Die Betriebsratswahlen beim Reichspostministerium

Ueber die vom 15. bis 17. Oktober ds. Js. stattgefundenen Zentralbetriebsratswahlen liegt das endgültige Ergebnis jetzt vor. Gegenüber 1920 ist die Zahl der Wahlberechtigten um etwa 36 Prozent zurückgegangen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahr ungewöhnlich ein erheblicher Prozentsatz Postbesitzer usw. in das Beamtenverhältnis überführt worden ist, außerdem darauf, daß auf Grund des Verkehrsrückganges im Laufe des Jahres umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden sind. Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahre erfreulicherweise stärker als im Vorjahre und beträgt 85 Proz. gegenüber 86 Proz. im Jahre 1920.

Eingereicht waren vier Vorschlagslisten, und zwar vom: Deutschen Verkehrs-Bund, Afa-Bund, Gewerkschaftsbund der Angestellten und von der Deutschen Postgewerkschaft. Abgegeben sind insgesamt 65 550 gültige und 1227 ungültige Stimmen. Davon erhielten Gewerkschaftsbund der Angestellten 1181, Afa-Bund 6562, Deutsche Postgewerkschaft (Artik.) 6745 und Deutscher Verkehrs-Bund 51 062. Es gibt nach dieser Wahl keinen einzigen Afa-Best. in Deutschland, wo nicht der Deutsche Verkehrs-Bund die überwältigende Mehrheit der Wähler und Gehaltsempfänger hinter sich hat. Er hat 38 574 Stimmen mehr erhalten als alle übrigen beteiligten Organisationen. Von 65 550 Stimmen sind 57 024 für die freigewerkschaftlichen Verbände abgegeben worden, nur 7526 erhielten die Christlichen und der DAV. Dieses Ergebnis bedeutet für die Christen eine glatte Niederlage. Im Jahre 1920 entfiel der Deutsche Verkehrs-Bund insgesamt 10 Mitglieder in den Zentralbetriebsrat, im Jahre 1921 15 Mitglieder, also ein Gewinn von fünf Eigen im Zentralbetriebsrat. Von 17 zu wählenden Mitgliedern für den DAV, entfielen die freien Gewerkschaften 16 Mitglieder. Der Ausgang der Wahlen beweist, daß der freigewerkschaftliche Gedanke nicht nur bei dem Post- und Telegraphenpersonal Wurzel gefaßt hat, sondern daß er immer mehr Anhänger findet. Unter Voranstellung unserer grundsätzlichen Forderungen wurde der Wahlkampf von den freien Gewerkschaften rein sachlich geführt. Von unseren Gegnern, insbesondere den christlichen Gewerkschaften, aber kann das nicht gesagt werden. Wurde doch behauptet, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte die Konstitutionsfreiheit unterbänden hätten, daß sie ihr Versprechen nicht halten können, daß sie es verstanden hätten, sich persönliche Vorteile zu verschaffen usw. — doch nicht der Schall eines Beweises wurde dafür erbracht. Das von unseren Gegnern angelegte Ende des Deutschen Verkehrs-Bundes läßt in Verbindung mit dem Wahlergebnis auf ein gutes Gedeihen schließen.

Badische Politik

Zum Fall Below-Kantorowicz

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat das Untersuchungsministerium zu Verlegung der an der Freiburger Universität entstandenen Differenzen einen Erlaß an den Senat gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß es den Schutz der Freiheit der Forschung und Lehre und der staatsbürgerlichen Meinungsfreiheit mit allen Mitteln durchzuführen werde. Da nach den erfolgten Erklärungen des Senats dieser weder durch ein Schreiben an Professor Dr. Kantorowicz noch durch ein ähnliches an Professor Dr. v. Below in die Freiheit der politischen Meinungsäußerung eingegriffen wollte, will das Ministerium des Kultus und Unterrichts die Angelegenheit damit beruhigen lassen, wobei unterstellt wird, daß der Senat die Auffassung des Unterrichtsministeriums über den Schutz der politischen Meinungsfreiheit teile. Professor Kantorowicz wurde hieron verständigt unter Hinweis auf das Fehlen einer Disziplinarverfügung des Senats gegen Privatdozenten und die daraus sich ergebende Rechtslage.

Aus dieser Mitteilung geht zweierlei hervor. Erstens erlaubt man hierdurch — unseres Wissens zum erstenmal — daß der Senat der Universität Freiburg nicht nur an den Professor Kantorowicz, sondern auch an den Professor v. Below ein Schreiben mit billigen Inhalts gerichtet hat. Denn gerade hier sollte die notwendige Kritik sein, daß der Senat nur dem Prof. Kantorowicz wegen seines Verhaltens eine Klage erteilt, den Professor v. Below aber, der den Konflikt eigentlich heraufbeschworen, ungeschoren gelassen hätte. Erwünscht wäre aber jetzt die Veröffentlichung beider Schreiben des Senats, damit eine objektive Beurteilung des Falles möglich ist.

Im Sitzungssaal des Stadthauses in Ludwigshafen, in voller Öffentlichkeit, unter Beisein des Arbeiterrats und Arbeiterrats als Zuhörer, in Gegenwart der Direktion, hat der Untersuchungsausschuß die Gutachten entgegengenommen. Die Gutachten sind mündlich ergänzt, die Ergebnisse von Strengversuchen in der Eisenröhre sind zur Befestigung gestellt, das Ganze in freier Aussprache gewürdigt. Aus der Summe der Gutachten erscheint die Schlussfolgerung berechtigt, daß Ammoniumsalpater am so explosibler wird, je mehr es mit Nitratenergie angereichert ist. Die entnommenen und unterzuchten Proben ergaben unterschiedlich einen Nitratgehalt bis zu 90 Proz. Eine Nitratenergie bis zur Hälfte dieser Menge ergibt bereits Explosionsgefahr. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit kann angenommen werden, daß innerhalb der lagernden Massen explosive Nitratenergie entstanden sind. Wie sind die nun entstanden, ist nun die Frage. Die Arbeiter nehmen an, mangelhafte Gewissenhaftigkeit bei Berühren und Mischen der Salze haben das Entstehen der Nitratenergie ermöglicht. Die Gutachter neigen zur Annahme, daß Feuchtigkeits eine Austrocknung bewirkt habe. Ein kleiner Kreis Gutachter ist beauftragt, die Nachforschungen fortzusetzen. Die Untersuchung soll sich dahin erstrecken, ob die Nitratenergie durch Lagerung, Witterungseinstöße oder durch Fehler in der Erzeugung entstehen können. Wird die letzte Frage bejaht, dann gewinnt die Behauptung der Arbeiter Bedeutung, die die Erzeugungsfehler in dem Präzisions- und Messsystem erblicken.

Zweilens versichert das Unterrichtsministerium, daß der Senat keine Disziplinargewalt gegen Privatdozenten besitze. Dieser Hinweis ist durchaus angebracht, denn es wird dadurch festgestellt, daß kein gänzes Vorgehen gegen den Prof. Kantorowicz und Demokraten Kantowicz ein Vorkurs war; der Senat kann Kantowicz nichts anhaben, selbst wenn er das wollte.

In der Angelegenheit liegt dem Landtag bekanntlich eine von den drei Koalitionsparteien eingebrachte Interpellation vor. Sie dürfte wahrscheinlich bei der großen politischen Aussprache die in der 4. Januarwoche stattfindet, behandelt werden.

Landwirtschaftliche Klassenpolitik
Der Hauptvorstand des Badischen Bauernvereins hat in seiner letzten Tagung in seiner letzten Sitzung eine Entscheidung angenommen, die zu allen möglichen Fragen Stellung nimmt. Interessant hieraus ist die Ablehnung der Zwangsverpflichtung sowie der Nicht- und Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse einerseits und die Bekämpfung der Eisenbahnstarre sowie der steuerlichen Erhaltung der Sachwerte in Hinblick auf die Geldentwertung andererseits. Für die Landwirtschaft verlangt der Bauernverein die aus der Geldentwertung resultierenden Weltmarktpreise — der Steuerverwaltung und der Eisenbahn möchte er jedoch noch mit der alten Mark- und Währungsrechnung aufwarten. Ohne daß damit irgend ein Stigma verbunden sein soll, muß man da schon sagen: wirklich bauernschlau.

Gemeindepolitik

Freiburg, 27. Dez. (Sitzung des Bürgerausschusses). Nach einem Bericht des Freiburger Stadtrats sollen die bisher zur Ausgabe gelangten habsbischen Schuldenreibungen aus Erbpacht- und Zwangsmittelgrundstücken in langfristige Schuldverschreibungen umgewandelt werden. Der Bürgerausschuß ist in seiner heutigen Sitzung dem habsbischen Vorschlag einstimmig beigetreten. Nach einer verhältnismäßig kurzen Aussprache wurde auch die neue Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten angenommen. Die Stadt Freiburg hat nunmehr für ihre sämtlichen Angestellten jährlich über 23 Millionen Mark aufzubringen. Das sind über acht Millionen Mark mehr als bisher. Die Deduktion dieser Summe dürfte auf viel Schwierigkeiten stoßen. Der Grundgehalt des Oberbürgermeisters beträgt jetzt 110 000 M., der des ersten Bürgermeisters 90 000 M. und der des zweiten 85 000 M. jährlich. Dazu kommen dann noch die ortsüblichen Teuerungszuschläge.

Kleine badische Chronik

Berghausen, 27. Dez. Die hiesige Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen veranstaltete am Sonntag, 25. ds. Ms., eine Weihnachtsfeier mit Befreiung der hiesigen Kriegswaisen. Der geräumige Saal war dicht besetzt. Die Theaterstücke wurden gut wiedergegeben. Die Befreiung der Kriegswaisen löste große Begeisterung aus. Die Musikabteilung des hiesigen Musikvereins umtrabte die Veranstaltung mit ihren schönen Vorträgen. Die Ortsgruppe kann mit Zufriedenheit auf diese gelungenen Veranstaltung zurückblicken.

Berghausen, 27. Dez. Mißstände bei der Steuererückzahlung. Nicht genug damit, daß die Zahlung der Steuererückzahlung lange auf sich warten ließ, mußten auch die betreffenden Interessenten oft stundenlang warten, ja auch unverständlicher Weise wieder nach Hause gehen, um andern Tags wieder zu kommen. Infolge der Niederlegung der Steuererückzahlung durch den seitherigen Inhaber hat sich die Auszahlung wesentlich verzögert. Doch hätte sich die Sache vielleicht viel schneller und besser abwickeln lassen, wenn man die Auszahlung Streckenweise oder nach dem Alphabet vorgenommen hätte. Mander Mißmut und Verger über die verlorene Zeit hätte vermieden werden können.

Walsh, 27. Dez. Der Arbeiterfangverein Freiburg hielt am 25. Dezember seine Weihnachtsfeier ab. Das Programm war gut zusammengestellt und entsprach recht der Würde des Festes. Die gefangenen Reistungen des Vereins, sowie auch die Theaterstücke und Vorträge unterhielten die Festteilnehmer aus beste. Der Vorstand, Strickfaden, der der Festveranstaltung den Willkommengruß entbot, gab seiner Freude Ausdruck über den so zahlreichen Besuch. Das größte Lokal am Platz konnte nicht alle fassen, die sich beteiligten

mussten, ein großer Teil mußte wieder umkehren, weil kein Plätzchen mehr zu finden war. — Nicht zufrieden mit dem schönen Verlauf der Feier wird unser Herr Pfarrer Verberich, Herr Verberich ist kein Freund der Arbeiterfänger. Schon drei Mal besaßte er sich von der Kanzel herab mit der „Freundschaft“. Das hielt Herr Pfarrer Verberich aber nicht ab, an den Arbeiterfangverein einen Brief zu schreiben, mit dem Ersuchen, der Verein möge in der Zeit vom 17. Dezember bis 2. Januar keine Feier abhalten, weil in dieser Zeit Volksmission sei. Die Verwaltung des Arbeiterfangvereins hatte aber ihre Feier bereits festgelegt und war außerdem der Meinung, daß Weihnachtsfeiern nicht um die Faschingszeit herum abgehalten werden und somit fand die Feier an dem längst festgelegten Tage statt. In der Missionszeit wurde diese Feier nun Anlaß, um tüchtig den Wartenden zuzusehen und sie zu veranlassen, von der Feier des bösen Arbeiterfangvereins wegzubleiben. Mit welchem Erfolg, das beweist die Weihnachtsfeier am Sonntag! Wir hoffen, daß die Mission auf ihrem wirklichen Gebiet, wo sie hingehört, auf dem sie sich bis jetzt bewegt hat. Auch Herr Verberich dürfte nun endlich ein Einsehen haben und erkennen, daß er mit seinen bisher beliebten Methoden nichts erreicht.

Wöffingen, 28. Dez. Wir haben im letzten Jahre berichtet, daß der hiesige Herr Oberlehrer seinen Unterricht vor den Schülern beendete. Dieses schöne „Wortbild“ hat nun eine Nachahmung gefunden. Jüngst mußte auch der letzte Unterlehrer ein solches „Wortbild“ in Empfang nehmen, diesmal jedoch von einem Bürger der Gemeinde Wöffingen. Während jenes Ereignisses infolge gültiger Rücksichtnahme des Unterlehrers auf seinen „Herrn Kollegen Oberlehrer“ vor der Schulbehörde seine Erledigung fand, soll dieser Fall dem Gericht übergeben worden sein, und dürfte der Aussteller diesmal nicht so gelinde davon kommen.

Forstheim, 29. Dez. Selbstmord oder Unglück? Gestern morgen wurde auf der Bahnstrecke Forstheim-Eutingen die Leiche des 50 Jahre alten verheirateten Güterhallenarbeiters Johann Kammert gefunden. Der Kopf war vom Amboß getrennt.

Freiburg, 28. Dez. Der Senior der Deutschen Turner-Gesellschaft, Privatmann Dr. Georg von Langsdorff, ist im Alter von über 100 Jahren hier gestorben. Mit ihm ist zugleich der älteste Einwohner Freiburgs dahingegangen. Georg von Langsdorff hat als junger Student in den Revolutionsjahren 1848/49 eine Rolle gespielt und ist dann über den Rhein geflüchtet. Viele Jahre verbrachte er in Amerika, lebte später wieder hierher zurück, wo er völlig zurückgezogen lebte.

Freiburg, 29. Dez. Abgefangene ausländische Schieber. Vor einigen Tagen wurde hier von der Polizei eine fünfköpfige Gesellschaft angehalten, welche einen neuen Kraftwagen, welchen sie in Frankfurt a. M. für 210 000 M. gekauft hatten, unter Umgehung der Ausfuhrabgaben nach der Schweiz zu beschaffen beabsichtigten. Die Fünfe waren ausnahmslos Schweizer, welche von Kopf bis zu Fuß neu gekleidet waren. Außer den pikaresken Anzügen waren sie im Besitz der teuersten Pelze, Ledertaschen und anderer wertvoller Dinge, die sie sich preislos in Frankfurt oder einer anderen deutschen Stadt unter Ausnutzung der Valuta gekauft hatten. Bei einer förmlichen Durchsuchung entdeckte man in ihrem Schutzwort verhehrt gehaltene goldene Ringe. Sie waren auch in Bezug auf Vermittlung nicht dürftig ausgestattet, denn der „Kerker“ von ihnen hatte den Betrag von 80 000 M. in der Brieftasche. Die Werksachen mit samt dem Kraftwagen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Freiburg, 29. Dez. Die Pächter der städtischen Kleingärten, welche bisher für zwei Ar Gartenland 28 M. Pacht bezahlten, sind auf 70 M. gesteigert worden. Gegen diese Erhöhung haben die Pächter gestern Abend in zwei öffentlichen Versammlungen protestiert. — Ein und wieder gelangt es, herbeisprechenden Fällen von Wucher auf die Spur zu kommen. Vor allem blüht der Zudenwucher. Ein Kaufmann in der Kunststraße kam zur Anzeige, weil er das Pfund Zuder, das er zu 4.33 M. eingekauft hatte, zu 7.50 M. und 8 M. weiter verkaufte. — Ein 17- bis 18-jähriger Einseitgedieb treibt gegenwärtig in Freiburg sein Unwesen. Derselbe tauchte in letzter Zeit in den verschiedenartigsten Stadtteilen auf und stieg durch offenkundige Aborkfenster in beschlossene Wohnungen ein, aus denen er mit dem borgefundenen Bargeld verschwand.

Burtwangen, 29. Dez. In der Badischen Uhrenfabrik A.-G. in der Bregstraße entzündete heute morgen gegen 3 Uhr auf noch nicht aufgestellte Weise Feuer. Es brannte in einem Seitengebäude, in dem die Werkstatt für Uhrenzifferblätter und die Platinerei sowie die Kartonnageabteilung untergebracht waren. Der Brand wurde von der Feuerwehr innerhalb einer Stunde gelöscht. Der Betrieb kann weiter aufrecht erhalten bleiben. Der Schaden ist ziemlich bedeutend. Besonders das Wasser richtete erheblichen Sachschaden an. Es handelt sich um ein Gebäude aus Fachwerk, das innen vollständig ausgebrannt ist, während die Außenwände noch stehen.

Waldbühn, 29. Dez. In den Schwierigkeiten im Vorkampfbereich teilt die „Volkswacht“ mit, daß der Verlust ungefähr 8 1/2 Millionen Mark beträgt, der wahrscheinlich teilweise durch die Mitgliedsbeiträge gedeckt werden muß.

Fügen (Ami Dandorf), 29. Dez. Entwichen Zwei Schweiger, die im Grenzland billige Christgeschenke eingekauft hatten, kamen am Christabend hier in Ortsarrest, um am nächsten Morgen nach Waldbühn transportiert zu werden. Am Weihnachtsmorgen waren die beiden aber nicht mehr anwesend.

Der Hühnersturm. Süddeutschland befindet sich jetzt mitten in dem bereits angekündigten ozeanischen Luftwirbel. Mit großer Gewalt segt der Sturm namentlich in der Nacht zum Donnerstag über unser Land hinweg. Dem Spiel der Gewalten sind wieder einmal am meisten die Fernspreche- und Telegraphenleitungen ausgesetzt gewesen. Von Freiburg aus ist das Wiesental nur auf Umwegen zu erreichen. Die direkten Leitungen nach Lörrach, Säckingen, Waldbühn, Zell i. B. usw. sind unterbrochen. Derselben Erscheinungen zeigen sich auch auf den Linien, die nach Württemberg führen. Die Verbindung mit Stuttgart ist z. B. nur auf Umwegen zu erhalten.

Zur Stilllegung der Karlsruher Lokalbahn

r. Märsch, 28. Dez. Mit der Frage der drohenden Stilllegung des südlichen Teils der Karlsruher Lokalbahn beschäftigte sich am vergangenen Montag eine Vertreterversammlung der Sozialistischen Partei aus den Mitgliedschaften Forchheim, Märsch und Durmersheim im Saale zum „Adven“ in Märsch. Die Versammlung war aus den genannten Orten gut besucht. Genosse Gerzner-Märsch leitete die Versammlung mit einem sehr instruktiven Vortrage über die tatsächliche Lage der Bahn ein, wobei er unter Zugrundelegung der Denkschrift des Karlsruher Stadtrats die letzte Bürgerausschüttung von Karlsruhe einer längeren Betrachtung unterzog. Er stellte fest, daß in der Bürgerausschüttung festzustellen war aus Erklärungen und Zwischenrufen, daß ein großer Teil der Karlsruher Gemeindevertreter auch für die Stilllegung des südlichen Teils der Bahn eintraten. Diese Absicht dürfe aber nicht verwirklicht werden, denn für die südlichen Orte bedeute die Bahn ein Lebensnerv. Die Aussprache, an der sich Genossen aus allen vertretenen Orten beteiligten, bewegte sich in gleichem Sinne. Man war sich darüber einig, daß in den kommenden Verhandlungen die Rentabilität dieser Strecke und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bahn einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müsse. Es dürfe nicht eintreten, daß 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Schläge wieder in Verhältnisse der 80er Jahre zurückversetzt werden und den Weg von 3-4 Stunden von und zur Arbeitsstelle zu Fuß machen müßten. Ein Antrag der Forchheimer Genossen, in den nächsten Wochen in Forchheim eine öffentliche Versammlung der Bevölkerung sämtlicher an der südlichen Strecke interessierten Gemeinden abzuhalten, wozu auch Vertreter des Stadtrats Karlsruhe eingeladen werden sollen, wurde allgemein für gut gehalten. — Es werden nun besondere Einladungen an die Bevölkerung der betreffenden Gemeinden erfolgen. Es sei aber heute schon auf die Versammlung hingewiesen.

Parteigenossen und Leser des „Volkstrend“
berücksichtigt bei euren Einkäufen die
Geschäftliche Rundschau!
Kauft nur bei den Geschäftsleuten,
die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Theater, Kunst und Wissenschaft
Badisches Landestheater

Aufführung: „Frauentömer“. Lustspiel von Leo Lorenz.
Herr Leo Lorenz, ein gebürtiger Wiener, hat schon mehrfach als Autor gangbarer Theaterwerke Erfolg gehabt. Im großen ganzen scheint er seine Stoffe aus der guten Gesellschaft zu holen; die Art wie er dem Gedächtnis des Publikums entgegenkommt, sichert ihm beifällige Aufnahme. Literarisch interessant ist seine Verfasserschaft einer Komödie „François Billion“ von 1910; die übrigen Sachen dürften mehr dem Tagesbedarf der Bühnen entsprechen und weniger hohe Ansprüche erheben. „Frauentömer“ ist zweifellos ein echtes Kind eines talentvollen Urhebers; nicht gesucht originell, aber auch nicht so nachahmend, daß man auf bestimmte Vorbilder hinweisen könnte. Die manchmal etwas gedehnte Handlung wird ab und zu durch erfrischende Schläge in Fluß gebracht, und das Ganze rollt unterhaltsam, wenn auch wenig überraschend ab, da nach dem ersten Akt der Zuschauer den Ausgang schon erraten kann. Die Lösung des 8. Aktes erscheint etwas zu gewaltsam, fast brutal, und die kleine Susi, bis dahin ein so netter Charakter, entfällt da eine recht unweibliche Pötte. Enttäuschungen gehen im Leben nicht so im Luftspiel vor sich; Herr Venz hat das nicht erlebt. Aber seien wir dem Dichter dankbar, daß er in diesen drüben Zeiten es vermocht hat, das Auditorium für einige Stunden aufzuheitern. „Menschen, die andere lachen machen, sind die geborenen Dichter“, schreibt Weber-Demotritus. Na also!

Dem Werk kam eine von Herrn Herz muntergiltig besetzte, den Humor kräftig unterstützende Aufführung zu Hilfe, und es schien nicht einmal den Erfolg zu beantragen, daß zwei wichtige Rollen durch Entzählung ihrer Vertreter rasch umbelegt werden mußten. Die Maria Senden des Frä. Müller war mit dem fraulichen Reiz der begehrenswerten Witwe angefüllt, und den Dr. Spemann gab Herr v. d. Trend-Altraci mit der spielerischen Oekonomie und Prägnanz, durch die seine realistische Kunst immer wieder erfreut. Recht im Mittelpunkt des Ensembles stand eigentlich Frä. Lassé mit der tauschischen und natürlich-ungezwungenen Susi, der sie zu einer sehr sympathischen Verkörperung verhalf. Die junge Künstlerin, die mit stichtlichem Ernst und Eifer an sich arbeitet, steigt von Stufe zu Stufe auf der Leiter der Erfolge. Der schlaggeilig und so schon fröhliche Kunstprofessor des Herrn Höder war wieder eine dem Leben abgelaufene, in künstlerische Überlebens, vornehm gehaltene und leicht karikierte Salonfigur; Marie Frandorfer als verständige Großmutter hand ihm gleichwertig zur Seite. Es wäre noch der flotte und gewinnende Liebhaber des Herrn Endlein zu nennen, der recht gemandt spielte, sowie der hochherrschafliche, mit wenig Strichen fein gekennzeichnete Köstliche Diener des Herrn Fik; außerdem der flinke Kellner des

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 30. Dezember.

Geschichtskalender

30. Dezember. 1916 Die Entente lehnt das deutsche Friedensangebot ab. — 1918 Gegenrevolutionärer Putschversuch in München. — 1918 Kosen und Gnesen von Polen besetzt.

Karlsruher Parteianrichten

Sozialdem. Verein. Heute abend 5 Uhr Vorstandssitzung in der „Gold. Krone“ (Ede Amalien- und Douglasstraße). Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Ärzte und Kassenhonorare

Man schreibt uns: In der Samstagnummer des „Volkstrend“ vom 24. Dezember wurde ein Fall geschildert, wo eine Postkassierin, die an Grippe erkrankt war, den Arzt holen lassen wollte. Derselbe kam der Aufforderung der Patientin, welche Mitglied der Postkassenkasse ist, jedoch nicht nach, sondern sandte derselben ein Schreiben, welches anderen Tags in die Hände der Patientin kam; er schrieb, daß er bei der gegenwärtigen starken Inanspruchnahme infolge der herrschenden Grippe weit abgelaufene Besuche, zumal bei Krankenkassenmitgliedern, bei denen durch die Kasse eine ungenügende Entlohnung erfolgt, nicht erledigen könne. Die Patientin solle sich an einen näher wohnenden Arzt wenden.

Dieses Verhalten des betr. Arztes ist vollständig vertragswidrig. Zugegeben, daß ein Arzt, welcher in einem bestimmten Stadtteil wohnt, und nun wegen einem oder zwei Patienten in einen andern Stadtteil soll, dies ungerne tut. Aber wer ist denn an diesem Zustand schuld? Doch die Krankenkassen nicht! Die Ärzte-Organisation hat seit Jahren den Kampf gegen die Krankenkassen für die Einführung der unbeschränkten freien Arztwahl geführt mit der hauptsächlichsten Begründung, jedes Kassenmitglied müsse im Falle der Erkrankung in der Lage sein, den Arzt seines Vertrauens konsultieren zu können. In fast ganz Baden ist die freie Arztwahl eingeführt, und bei den übrigen meisten Kassen wird nach Einzelleistungen bezahlt. In Baden haben die Krankenkassen stets sojialistische Verständnis für die Lage der Ärzte befunden, und im allgemeinen höhere Honorare bezahlt wie anderwärts. Seitens der Ärzte wird streng darauf gesehen, daß der Kassenbeamte bei Abgabe des Krankenscheines dem Kassenmitglied ja keinen Vorschlag macht in bezug auf den Arzt, den das Kassenmitglied in Anspruch nehmen will. Würde ein Kassenbeamter sich einen Vorschlag in dieser Richtung erlauben und die Ärzte-Organisation würde dies erfahren, so würde gegen den Kassenbeamten eine hochnotpeinliche Untersuchung verlangt. Wo bleibt bei einem solchen Verhalten eines Arztes die „freie Arztwahl“ und die „Zuziehung desjenigen Arztes, zu dem der Erkrankte das Vertrauen hat“?

Die Redaktion bemerkt ganz richtig, daß die Kranken nicht darunter leiden dürfen, wenn eine Krankenkasse zu geringe Honorare bezahlt. Dies ist aber durchaus nicht der Fall, denn die Postkassenkasse bezahlt diejenigen Sätze, die zwischen den beidenseitigen Organisationen gegenseitig im Verhandlungswege festgelegt wurden. Natürlich werden viele Ärzte immer auf dem Standpunkt stehen, die Krankenkassen bezahlen zu niedere Honorare, und wenn dieselben noch so hoch festgesetzt werden. Wir haben erst in der letzten Freitagnummer die neuen Honorarsätze der Krankenkassen für die Ärzte ab 1. Oktober 1921 veröffentlicht. Danach erhalten die Ärzte:

- Für eine Beratung in der Sprechstunde des Arztes oder telefonische Beratung . . . 6.—
 - eine dringende Beratung außerhalb der Sprechstunde sowie für eine Beratung an Sonn- und Feiertagen und eine teleph. Beratung b. Nacht . . . 12.—
 - eine Nachberatung in der Wohnung des Arztes . . . 18.—
 - einen Besuch an der Wohnung des Kranken bei Tag . . . 12.—
 - einen Einbesuch bei Tag oder einen Sonn- und Feiertagsbesuch, der ausdrücklich verlangt wird einen Nachbesuch (1. 10. bis 31. 3.) 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens, 1. 4. bis 30. 9. 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens) . . . 27.—
- Kußerdem werden die sog. Sonderleistungen (Operationen, Verbände usw.) extra bezahlt, und zwar nach der Bad. Gebüh-

Herrn Adolf Sezauer, eines begabten Künstlers, auf dessen weitere Talentproben man gespannt sein darf. Beifall lebhaft, Dichter und Darsteller mehrfach gerufen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)
Die Neujahrsnummer des Badischen Jacob ist schon erschienen. Der Preis der Nummer ist M. 1.30. Probeummern sind jederzeit durch den Verlag J. P. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Der „Vorwärts-Almanach 1922“ ist schon erschienen (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 4 M.). Der handliche ansprechende Kalender, der sich im Vorjahre bei Parteifreunden erprobte, wird auch diesmal wieder einen vollen Erfolg verzeichnen können. Denn der neue Almanach zeichnet sich bei aller Gediegenheit des Textes durch einen reichen, auf das allgemeine Volksinteresse eingestellten Inhalt aus. Ueber alle möglichen Erscheinungen des öffentlichen Lebens wird berichtet. Neben reichem, in Tiefdruck hergestellten Bildschmuck ausgeschalteten Artikeln, lauten Beiträge unterhaltender Art: Erzählungen, Märchen, Schürzen, Anekdoten, Rätsel, Berichte. Eine eigene sozialistisch gefärbte Note gewinnen neben einzelnen Beiträgen und macht das Ganze zu einem lebendigen, willkommenen Sammelwerke moderner Literatur, das recht viel gelesen werden und in keinem Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalt fehlen sollte.

„Arbeiter-Notiz-Kalender 1922“. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 (ermäßigter Preis für Parteimitglieder 4 M. gebunden statt 4.50 M.).

Der schon erschienenen „Arbeiter-Notizkalender 1922“ ist in diesem Jahr sehr reichhaltig und durch den feinen und schönen Einband zweckmäßiger ausgestattet worden, als im Vorjahre. Er wird durch einen höchst zeitgemäßen Aufsatz des Gen. Knoll über das „Siebentwachen“ eröffnet. Die Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse finden eine recht anerkennenswerte Würdigung durch einen Artikel über die „Volkshöhle“, deren Organisation jetzt 400 000 Mitglieder umfaßt, davon Berlin allein 150 000. Der gewerkschaftliche und politische Teil ist wesentlich ausgebaut worden. Die Mitgliederbewegung und die Finanzgebarung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sind sorgfältig berücksichtigt. In großen eindrucksvollen Ziffern tritt überall die Fortentwicklung der Verbände des deutschen und internationalen Proletariats hervor. Neu ist in diesem Kalender ein gut durchgearbeiteter politischer und wirtschaftlicher Teil. Das Adressenmaterial aus Partei und Gewerkschaft ist ebenfalls bedeutend erweitert. Der „Arbeiter-Notizkalender“ erscheint sonach unentbehrlich für männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte, Beamte. Sein handliches Format und der geschmackvolle feste Einband macht ihn zum täglichen Gebrauch geeignet.

ren-Ordnung vom 1. Juli 1921 mit einem Aufschlag von 50 Proz. Bei diesen Sätzen wird z. B. die Allgem. Ortskrankenkasse mit rund 40 000 Mitgliedern ca. 4 000 000 M. an Ärztenkosten bezahlen müssen.

Die Krankenkassen können natürlich die ärztlichen Leistungen nicht so hoch honorieren, daß jeder Arzt, welcher Krankenpraxis treiben will, aus den Honoraren der Kassen ein handesgemäßes Leben führen kann, denn leider haben die große Masse der Ärzte nicht soviel Krankenpatienten, um die Summen aus den Kassen herauszuholen, welche eine Anzahl gutbesetzter Kassenärzte aus der Krankenpraxis erhalten. Tatsache ist, aber, daß bei den jetzigen Honoraren eine ganze Anzahl Ärzte von der Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe allein für das Jahr 1920 50 000—100 000 M. beziehen. Da kann doch nicht von „ungenügender Entlohnung“ gesprochen werden? Hierzu kommt das Honorar von den Betriebskrankenkassen und von der Privatversicherung usw.

Durch den Schiedspruch vom 20. Dezember im Badischen Arbeitsministerium sind die badischen Krankenkassen verpflichtet, weit höhere Honorare zu bezahlen wie der Schiedspruch im Reichsarbeitsministerium vom 30. November und 1. Dezember für ganz Deutschland vorseht. Man würde also seitens der Ärzte gut tun, solche Unterstellungen den Krankenkassen nicht zu machen. Die Krankenkassen haben ja keinen Einfluß auf die Zulassung der Ärzte zur Krankenpraxis und wenn ein Arzt keine Kassenmitglieder behandeln will, dann müße er sich nicht auf die Kassenarztliste setzen lassen. Aber viele Ärzte sind der Meinung, die Krankenpraxis nur so nebenbei auszuüben, und nur den Patienten zu besuchen, welchen sie wollen. Dagegen muß schärfer Protest eingelegt werden, denn jedes Kassenmitglied hat das Recht, den Kassenarzt zu verlangen, welchen es will. Schade, daß die betr. Postkassierin den Namen des betr. Arztes nicht öffentlich genannt hat, damit die Kassenmitglieder sich danach richten können, und denselben für die Zukunft in Ruhe lassen.

Die Grippe-Erkrankungen

Kein Grund zur Beunruhigung. Ueber die Grippe-Erkrankungen, die z. B. in Baden grassieren, teilt die Direktion der Mannheimer städtischen Krankenanstalten auf Anfrage folgendes mit:

Wie an vielen anderen Orten Deutschlands ist mit dem vor etwa drei Wochen einsetzenden Witterungssturz neben einer großen Reihe von einfachen Erkältungskrankheiten, Lufttröhnenkatarrhen und Lungenentzündungen auch wieder eine erhebliche Anzahl von Grippe-Erkrankungen zu verzeichnen. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß nur ein Teil der vielen Erkältungskrankheiten als „Grippe“ zu bezeichnen abachtet werden, zur Grippe gehören, und daß man nicht berechnigt ist, jede Erkältungskrankheit als Grippe zu bezeichnen. Wie nach den Erfahrungen bei früheren Grippeepidemien zu erwarten war, hat der Infektionsstoff nicht mehr den überragenden Charakter wie beim ersten Auftreten der Grippe vor 3 Jahren, und dementsprechend verlaufen auch die Erkrankungen im großen ganzen weniger schwer als die des Winters 1918/19 und 1919/20. Immerhin sind aber auch jetzt einige Todesfälle zu verzeichnen, doch betreffen diese fast ausnahmslos ältere und geschwächte oder sonst weniger widerstandsfähige Personen. Ein Grund zur Beunruhigung für die Bevölkerung liegt nicht vor, und es hat auch bereits den Anschein, daß die Zahl der Erkrankungen im Abnehmen begriffen ist.

Weihnachtsfeier der Radfahrer

Die Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung des Arbeiter-Radfahrervereins im Saale der Restauration Kollenberger nahm einen überaus guten Verlauf. Lange vor Beginn der festgefeierten Zeit saßen und standen die Kleinen und Großen in den Lokalfestlichkeiten geduldig und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Der Vorsitzende konnte in seiner Ansprache allen Spendern den Dank aussprechen für ihre Opferwilligkeit, die es ermöglichte, auch dieses Jahr unsere Kleinen trotz der enormenuerung mit einem Geschenk zu erfreuen. Mit dem Vortrag eines sinnigen Prologes wurde die eigentliche Feier eröffnet. Regitationen und Gedichte der Kinder reichten sich würdig an. Ein Theaterstück „Eine Stunde Dienstmädchen“ wurde flott gegeben, ebenso fanden die von Kindern gestellten lebenden Bilder ungeteilten Beifall. Die Bescherung bewies, daß auch mit wenigem ein Kinderherz zu erfreuen ist. Unsere jugendliche Hauskapelle trug wesentlich zur Verschönerung der Veranstaltung bei, deren erster Teil mit einem Gesamtdor geschlossen wurde. Der Abend war dem Tanz und der Gabenverlosung gewidmet. Die Verteilung zeigte, daß wer es mit der Götin des Glückes nicht ganz verstanden hat, immer auf etwas wertvolles rechnen durfte. Ein Längchen, an dem sich Jung und Alt beteiligte, bildete den Schluß der in allen Teilen gelungenen Veranstaltung.

Bis zu 4 Stellen **Vereinsanzeiger** Wei 5 und mehr Stellen Nr. 2.— die Stelle Nr. 250 die Stelle

Karlsruhe. (Sängerverein Gleichheit.) Silbiterabend 7 Uhr Mitwirken bei der Weihnachtsfeier des Messergesellenverbandes im „Sängerklub Wöden“. Witte um mündliche Weiterverbreitung. 7899

Karlsruhe. (Kassalla.) Heute abend 1/8 Uhr Zusammenkunft Ede Kaiser- und Wödenstraße zwecks Ehrung. 9 Uhr Vorstandssitzung im Lokal. 7910 Die Verwaltung.

Karlsruhe. (Volkshor-West.) Heute abend Generalprobe für Neujahrskonzert. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Durlach. (Sängerverein Vorwärts.) Sonntag den 1. Jan. 1922, vorm. punkt 10 Uhr, Zusammenkunft im „Lamm“. Vollzähliges Erscheinen ermartet 7906 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Joh. Barth von Blankenloch, Rader hier, mit Rosa Käpp von Leipzig. Stefan Odenheimer von hier, Fabrikant hier, mit Nise Sacn von Heilbronn. Carl Schwäger von Rahr, Kaufm. in Offenburg, mit Elisabetha Böding von Nieder-Ingelheim.

Geburten. Kurt Rolf, Vater Josef Hochdörfer, Radler. Herta Mathilde, Vater Aug. Felger, Kaufm. Adolf Germann, Vater Ludw. Siegrist, händ. Arbeiter. Rudolf Karl Frösch, Vater Frösch, Goldmann, Hof-Oberbetzer. Karl Heinz, Vater Erich Geißler, Kaufm. Fritz August, Vater Dr. Aug. Dünzler-Vannotti, Amtsrichter. Ingeborg Erna, Vater Frösch, Vorkühler, Notizenmeister. Elfriede Eina, Vater Otto Ernst, Eisen-Schaffner. Karl Josef, Vater Otto Schneider, Glaser. Maria Katharina, Vater Aug. Areß, Mechaniker. Volgar Leo, Vater Leo Wittmann, Kaufm.

Todesfälle. Johann Hadenjos, Masch.-Arb., ledig, alt 46 J. Bernhard Braun, Sattler, Ehemann, alt 43 Jahre. Erna Hauschild, ohne Beruf, alt 17 Jahre. Karol Rapp, alt 76 Jahre, Witwe von Frösch, Rapp, Würdiger. Antonie Frey, geb. Arb., alt 17 Jahre. Christian Genuiger, Fabr.-Arb., Ehemann, alt 47 Jahre. Hans Scheffel, Förster, alt 22 Jahre. Jakob Höfte, Metzger, Witwer, alt 57 Jahre. Pauline Rappert, alt 30 Jahre, Ehefrau von Carl Rappert, Kaufm. Sofie Winkler, ohne Beruf, ledig, alt 61 Jahre. Josef Straub, Tagelöhner, Witwer, alt 75 J.

Bahnhoßwirtschaft und Vetterleßwirtschaft

Man schreibt uns: Wie Mitte v. M. durch eine Zeitungsnotiz bekannt gemacht wurde, hat die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe in letzter Zeit die erst noch zu erstellenden Bahnhoßkammern in Durlach und Baden-Baden in Beschaffung. Diese Räume werden nach den Plänen der technischen Eisenbahnbehörde in die Warterräume derart eingebaut, daß sie etwa hälftig in 1., 2., zur anderen Hälfte in 3. und 4. Klasse hineinreichen. Zunächst sind sie nicht als Vollbetriebe wie die Bahnhoßwirtschaften gedacht, da nur Getränke und kalte Speisen verabreicht werden sollen, warme Küche kommt nicht in Betracht. Beide Räume waren zur Verpachtung öffentlich ausgeschrieben und sind viel umworben gewesen. Es waren Angebote von 5000 bis 25 000 M. pro Jahr da, abgegeben von in Karlsruhe und Durlach anfassigen Fachleuten. Auch haben sich viele Leute gemeldet, die durch den Krieg unverschuldet ihre Existenz verloren haben und da vor einiger Zeit ein Erlaß der Reichsregierung herausgegeben ist, daß bei Verpachtung von Bahnhoßwirtschaften in erster Linie Kriegsbeschädigte zu berücksichtigen sind, ist den Beteiligten sowohl, wie auch anderen Leuten aufgefallen, daß sowohl der Durlacher, wie auch der Baden-Badener Ausschaustrau an Vorkandidaten der Karlsruhe Bahnhofsverwaltung vergeben wurden, die heute noch dort in Stellung sind und ihr gutes Einkommen haben. Die Abgewiesenen haben ein Recht zu hören, aus welchen Gründen ihre Angebote nicht in Erwägung gezogen wurden. Wie f. B. mitgeteilt wurde, sollen noch an anderen Bahnen Baden derartige Bahnhoßkammern eingerichtet werden und wenn die selben doch so „hijnterum“ unter den Interessenten vergeben werden, so möge man gefälligst die kostspielige Komödie mit einem großartigen Ausschreiben sparen, wenn damit nur die Interessenten und die Öffentlichkeit geizt werden sollen.

Junker und Aus-Werke K. G. Karlsruhe. Die aus der gleichnamigen G. m. b. H. hervorgegangene Gründung erzielte bei 10 Millionen mit 60 Prozent eingezahltem Kapital und 15 Millionen Obligationsschuld einen Reingewinn von 717 161 M., über dessen Verwendung noch nichts bekannt ist.

Prüfung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten. Gegen Ende des Monats Januar 1922 findet eine Erste Prüfung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten statt. Anmeldungen sind bis spätestens 5. Januar beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Gaunfängerfest. Der Karlsruher Sängergau veranstaltet am 14. Mai sein erstes Gaunfängerfest, zu welchem sich 34 Vereine mit 3400 Sängern gemeldet haben. Es finden zwei große Konzerte in der Festhalle statt, welche jeweils mit Massenchor ihren Abschluß finden.

Die Wagnis-Gefangenen. Die Reihe der Veranstaltungen zu Ehren der aus Wagnis entlassenen 19 deutschen Kriegsgefangenen wurde gestern mittag durch ein offizielles Mittagessen im „Rehstod“ fortgesetzt, bei dem sich die Regierung durch Minister Trunz betreten ließ. Der Leiter der Kriegsgefangenenstelle, Major a. D. Müller, dankte in einer Ansprache dem Staatsministerium für die Teilnahme. Minister Trunz antwortete in einer beifällig aufgenommenen Rede, in der er freundliche Worte der Aufmunterung an die Heimkehrer richtete und ihnen die besten Wünsche für ihre fernere Zukunft mitgab. Im Namen der evangel. und kath. Kirchengemeinden sprachen Dejan Rapp und Kaplan Munde, welche letzterer selbst längere Zeit Kriegsgefangener war. Namens der Heimkehrer dankte Kamerad Hauenbach für die freundliche Aufnahme in Karlsruhe und die vielen erwiesenen Aufmerksamkeiten. Um 4 Uhr waren die Heimkehrer Gäste des Herrn Borchers im Kaffee Odeon und abends des Ministers Trunz. Heute treten die Leute die Heimreise an.

Ein Raubüberfall wurde an einem der letzten Abende in der Nähe von Gagfeld auf ein aus Sutenfee kommendes Fuhrwerk unternommen. Die Täter waren zwei etwa 22- bis 25-jährige Burschen, die auf die Insassen des Fuhrwerks schossen. Der Fuhrmann erwiderte die Revolverkugeln, wodurch die Räuber verjagt wurden.

U. Gemüthlicher Chor Bruderdorf Karlsruhe-Mühlburg. Genannter Verein begeht morgen Samstag, abends 8 Uhr beginnend, im großen Saale des „Mühlkrug“ seine Weihnachts- und Sonnenwendfeier, verbunden mit Gesang, Theater, Christbaumverlosung und Tanz. Nachts 12 Uhr: Brezeltanz. Für Heizung ist bestens gesorgt.

Landestheater. Infolge zahlreicher Grippeerkrankungen im Personal sieht sich die Generaldirektion genötigt, den Spielplan für die laufende Woche wie folgt zu ändern. Freitag, 30., statt „Propheet“, „Fidelio“, Samstag, 31., statt „Fosillon“, „Dänkel und Gretel“. Anstelle der wegen Erkrankung von Fanny Bourgeau ausfallenden Ungarischen Tänze von Brahms wird Frau Lege-Mertens in einigen Solotänzen auftreten. In der Vorstellung von Mozarts „Zauberflöte“ am Sonntag, 1. Jan., sind einige Hauptpartien neu besetzt. Die Papagena mit Hanna Adéga, die dritte Dame mit Paula Weber und der erste Knabe mit Gabriele Bosetti. Die männlichen Reuebefugungen beziehen sich auf Wilhelm Rentwig als Tamino und Rudolf Wehrlich als Papageno. Die Oper wird von Kapellmeister Lorenz dirigiert. Die für Montag, 2. Jan., angekündigte „Erste musikalische Abendfeier“ mußte auf Montag, 3. Jan., verschoben werden.

Valuta-Bericht vom 29. Dezember

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 2.80 Cis. Auszahlung Holland notierte etwa 68.44 M. per holl. Guld.; Schweiz notierte etwa 96.33 M. per schweiz. Fr.; England notierte etwa 790 M. per Pfd. Sterling; Frankreich notierte etwa 14.86 M. per frz. Fr.; Neupost notierte etwa 187 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 30. Dezember 1921

Meist trüb, Regensfälle, mild, auffrischende westliche Winde. Wasserstand des Rheins: Schusterinsel 90, gest. 62 Jtm. Rehl 133, gest. 14 Jtm. Magau 281, gest. 17 Jtm. Mannheim 149, gest. 10 Jtm.

Letzte Nachrichten

Das Entschädigungsamt für Kriegsschäden

Berlin, 29. Dez. Das Reichsentwädigungsamt für Kriegsschäden nimmt seine Tätigkeit am 2. Januar 1922 auf. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Reichsentwädigungsamtes wurde der Unterstaatssekretär a. D. Cronau beauftragt.

Kündigung des Kredits an die Gewerkschaften

Berlin, 29. Jan. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt, hat das Arbeitsministerium den Kredit, der der Warenverforgungsstelle der deutschen Gewerkschaften aus dem Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bewilligt worden ist und zwar in Höhe von 25 Millionen Mark, kündigen müssen, da die Voraussetzungen für einen Kredit aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht mehr gegeben seien.

Zusammenkunft sozialistischer thüringischer Minister

Berlin, 30. Dez. Wie die Blätter aus Dresden melden, findet in Weimar wiederum eine Zusammenkunft sozialdemokratischer Minister aus Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Anhalt statt, auf der die auf der Leipziger Konferenz eingeleiteten Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Regierungen der mitteleuropäischen Länder zu einer dauernden Arbeitsgemeinschaft zur Förderung sozialer Arbeiten in Mitteldeutschland verdinglicht werden soll.

Die bayerische Regierung und der Wiederaufbau in Oppau

Berlin, 29. Dez. (Privattelegramm.) Nach Witterungsberichten aus München hat der bayerische Ministerrat beschlossen, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik zum Wiederaufbau von Oppau auf eigene Kosten rechtlich verpflichtet sei. Die freiwillige Willkürspende dürfte nicht dem Wiederaufbau der industriellen Anlagen, sondern nur der geschädigten Bevölkerung zutommen. Der bayerische Staatskommissar für Oppau hat sich nach Berlin begeben, um dort die Stellung der bayerischen Regierung der Reichsregierung mitzuteilen.

bayerische Staatskommissar für Oppau hat sich nach Berlin begeben, um dort die Stellung der bayerischen Regierung der Reichsregierung mitzuteilen.

Eine ernste Mahnung an die Eisenbahner

In Nr. 52 des „Deutschen Eisenbahner“ wird an die Eisenbahner diese recht ernste und zutreffende Mahnung gerichtet:

„Seien wir doch ehrlich: die Eisenbahner haben sehr viel zu verlieren! Wir tun es ungern, aber wir müssen doch die Frage aufwerfen: Gibt es in Deutschland eine Industrie, die ihren Arbeitern und Beamten solche Vorteile bietet als die Reichsbahn? Wenn auch gelegentlich Entlassungen erfolgen, wie selbstverständlich erscheint es jedem in der Industrie und wie viel weniger kommt das bei der Eisenbahn vor. Gewiß ist das Mitbestimmungsrecht der Belegschaften bei der Reichsbahn ein Vorbild, aber bei den Industriellen noch viel mehr. Der geltende Tarifvertrag der Reichsbahn ist gewiß kein Ideal, aber er bietet doch so unendlich viel Gutes, was man in der Industrie vergebens sucht. Alle die kleinen Vergünstigungen, die mit der Eisenbahn zusammenhängen, Freifahrt und dergleichen, wo findet man sie in der Industrie? Und vor allen Dingen: die gewerkschaftliche Macht, die in der geschlossenen Betriebsorganisation liegt, steht bei der Industrialisierung in Gefahr. Das alles sind Gründe, die für uns und auch für die G.D.E. entscheidend ins Gewicht fallen müßten. Von der Gefährdung des Berufsbeamtenstandes, des Achttundentags und anderer Dinge sehen wir ganz ab. Die Eisenbahner wissen kaum, was sie in ihren Verträgen und Dienstverhältnissen besitzen. Aber sie würden es recht bald erkennen, wenn erst die Industriellen — mit dem Aufräumen beginnen würden. Aber dann wäre es zu spät!“

Finanzschwierigkeiten in Italien und Oesterreich

Wien, 29. Dez. Nach einer Meldung der „Stefan“ befindet sich die Banca Italiana Disconto seit einigen Tagen in ersten Schwierigkeiten. Um der Bank die Mittel zur Rückzahlung der Depositionen zu verschaffen, wurde ihr gestern von der Regierung ein Zahlungsausschub für ihre anderweitigen Verpflichtungen bewilligt. Heute mittag wurden sämtliche Filialen der Bank geschlossen. In einem Communiqué bittet die Direktion der Bank ihre Gläubiger um ein Moratorium. Die Geschäftsräume der Bank, an deren Eingängen zahlreiche Einleger-Reihen stehen, werden von Polizeibeamten überwacht.

Wien, 29. Dez. Wie die Gemeinde Wien mitteilt, ist sie nicht mehr in der Lage, den Zinsen- und Tilgungsdienst auf die Wiener Investitionsanleihe von 1902 außerhalb Oesterreichs in der bisherigen Weise fortzusetzen. Die im Januar 1922 fälligen Zinscheine und gelosten Stücke werden daher vorerst nicht zur Einlösung gelangen.

Die Unruhen in Aegypten

London, 29. Dez. Ueber das Gebiet des Sueskanals ist der Kriegszustand verhängt worden. Ein Erlaß des Oberbefehlshabers droht an, daß Menschenansammlungen durch Flugmaschinen mit Nebelbomben bekämpft werden sollen. Wenn sie auch dann sich noch nicht zerstreuen, würden sie mit Granaten beschossen werden. Die staatlichen Schulen wurden geschlossen. Die „Egyptian Mail“ sagt, daß die Woche kritisch werden wird. An vielen Straßen Kairo sind Plakate angeschlagen worden, welche die Bevölkerung auffordern, sich zu erheben und ihre Unterdrücker zu töten.

Schriftleitung Georg Schöflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Gesellschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Pfannkuch & Co
Sylvester
Punsche
Rum - Arrak
Burgunder
Münchener Punsche
Rückforth-Punsche
in den Preislagen
per 1/2 Flasche 70-90 Mark
per 1/2 Flasche 38-48 Mark
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.

Original-Stillung
Deutsch-Porter
Brauerei
Hoepfner
Karlsruhe

Deutsch-Porter
ist sehr nahrhaft und appetitanregend, hat deshalb großen Anhang beim Publikum und auch den Beifall vieler Herren Aerzte gefunden.
Deutsch-Porter ist ein Stärkungsmittel für Nervenschwachen und Blutarmer.
Vielfach wurden schon gute Erfolge bei Wöchnerinnen und kranken Müttern erzielt, weshalb Deutsch-Porter von Spezialärzten verordnet wird.
Ein Versuch wird ergeben, daß Deutsch-Porter ein ideales Mittel gegen Schlaflosigkeit ist, welches oft auch nützt, wenn andere Mittel versagen.
Deutsch-Porter ist ein sehr kräftiges, extraktreiches Bier aus hocharomatischem, eigens hierfür hergestelltem Spezialmalz, erstklassiges Tafelgetränk, Qualitätsbier für Festlichkeiten.
Zu beziehen direkt aus der
Brauerei Fr. Hoepfner
und in vielen Läden und Delikatessengeschäften.

Bekanntmachung und Einladung.
Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer öffentlichen Sitzung auf
Freitag, den 30. Dezember 1921,
nachmittags 5 Uhr,
in den großen Rathssaal dahier ergebenst eingeladen.
Der Oberbürgermeister,
J. B. Eifner.
Tagesordnung:
1. Aenderung der Fahrpreise der Straßen- und Bergbahn.
2. Werkstättengebäude der Betriebswerke.
3. Beschaffung eines Auto-Sprengwagens.
4. Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt an der Gutenbergstraße.

Gemeindeumlage 1921/22.
Wir machen darauf aufmerksam, daß die II. Hälfte der einstweiligen Gemeindeumlage (Umlagefuß 67 Pfg.) für das Rechnungsjahr 1921/22 am 2. Januar 1922 zur Zahlung fällig wird.
Ebenso ist die erste Hälfte der ergänzenden Umlage (Umlagefuß 75 Pfg.) und der volle Betrag der Kreissteuer zur Zahlung verfallen. Wir eruchen die mit der Zahlung im Rückstand befindlichen Umlagepflichtigen innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten, da wir sonst genötigt wären, zum Mahn- bzw. Zwangsvollstreckungsverfahren zu schreiten.
2011
Man zahle bargeldlos durch Post- oder Banküberweisung.
Stadtverrechnung.

Kroko-Elite-Creme
erhält die farbigen Schuhe in Weichheit, Glanz u. Farbe stets wie neu. In 12 modernen Farben in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Kleinige Hersteller: Kunkel & Nehm, chem. Fabrik, Karst. 6571

Butter-Abgabe.
In den einschlägigen Butterverkaufsstellen gelangt ab Samstag, den 31. Dezember gezeigte Butter zum Verkauf zum Preise von 26.40 Mark das Pfund. Um eine gleichmäßige Verteilung zu erzielen, erfolgt die Abgabe gegen Vorzeigen sämtlicher Protokarten.
2013
Mithamt.

Städtische Schauspiele Baden-Baden
Sonntag, den 1. Januar 1922, 8 Uhr: König Drosselbart, Außer Miete. 7 1/2 Uhr: Zum ersten Mal: Der Vetter aus Dingsda, Außer Miete. Dienstag, den 3. Januar, 7 1/2 Uhr: Gelpenster. Mittwoch, den 4. Januar, 7 1/2 Uhr: König Richard der Zweite. Donnerstag, den 5. Januar: Opernspektakel. Freitag, den 6. Januar, 7 1/2 Uhr: Vetter aus Dingsda, Außer Miete. Samstag, den 7. Januar, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Mal: Manon Lescaut. Blahmiete D 5. Sonntag, den 8. Januar, 7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda, Außer Miete. 2014

Baden-Baden.
Gastotspreise.
Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab wird der Preis für den Zeniner Gastots (Grob- oder Feinst) von 32. — M auf 45. — M ab Gastwerkshof erhöht.
2012
Betriebsamt.

Soz. Partei Baden-Baden.
Sonntag, den 1. Januar, abends 8 Uhr findet im „Ballreiß“ ein
Unterhaltungs-Abend
statt. — Unsere Genossinnen und Genossen, sowie Parteifreunde, sind freundlichst eingeladen.
7890
Der Vorstand.

Tagesordnung

Der am Dienstag, den 3. Januar 1922, vormittags 10 Uhr, im Rathsaussaale in Karlsruhe stattfindenden Beschlüssen...

Bekanntmachung

Die Stadt Wasserleitungsordnung hat durch Gemeindevorstand vom 9. ds. Mts. folgende Fassung erhalten...

§ 1. Für die Lieferung von Wasser aus der städtischen Wasserleitung ist jeder nicht in einzelnen Fällen abweichende Vereinbarung getroffen...

§ 9. Es ist untersagt: 1. Wasser zu anderen als den nach dem Wasserleitungsvertrag und nach der Natur der Sache zulässigen Zwecken zu verwenden...

§ 12. Der Abnehmer ist verpflichtet, von jeder die Berechnung des Wasserpreises beeinflussenden Veränderung in dem mit Wasser versorgten Grundstücke...

betriebe, die Verwendung von Geschäftsräumen in Wohnräume und das Umgekehrte. Wird die Anlage einer Veränderung, die eine Änderung des Wasserpreises bedingen würde...

§ 13. Die Wasserleitung zwischen dem Straßenzug und der Grenze des mit Wasser zu versorgenden Grundstücks (äußere Leitung) wird durch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt auf Kosten des Abnehmers hergestellt und bleibt Eigentum der Stadt...

§ 14. Die innere Leitung muß bis zu einem Preise von 10 M. im Höchstmaß durch den Abnehmer selbst zu beschaffen sein...

§ 17. Die erstmalige Prüfung einer neu eingerichteten Wasserleitung erfolgt kostenlos. Für spätere Prüfungen, welche durch den Wasserabnehmer zu betriebslichen Umständen veranlaßt sind...

§ 20. Wenn in einem Grundstücke nur einzelne Teile desselben (Erdgeschoss, Wohnung usw.) mit Wasser versorgt werden sollen, so ist für die Berechnung des Wasserpreises gleichwohl der Steuerwert des ganzen Grundstücks maßgebend...

§ 21. Für Teile eines Grundstücks, in welchem ein Gewerbe oder sonstiges Unternehmen betrieben wird, das einen erheblich größeren Wasserbedarf erfordert...

§ 24. Der Abnehmer kann jederzeit den Wasserpreis durch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt auf seine Richtigkeit prüfen lassen.

§ 26. Für Wasser, welches dem Steuerwert gegenüber, beträgt das jährliche Wasserentgelt bis zu einem Höchstbetrage von 300 M. für die Zone frei Wasserentgelt 0,8% des Steuerwertes...

versorgten Grundstücks; dieser Preis steigt sich um 0,05% des Steuerwertes für je 50 M. oder einen Kubikmeter...

§ 27. Das Wasserentgelt ist sofern es nicht nach Maßgabe des durch Wasserleitungsamt festgestellten Verbrauchs berechnet wird, aber im einzelnen Fall ein höherer Betrag durch den Wasserabnehmer festgestellt wird...

§ 28. Außer dem nach § 26 zu zahlenden Wasserentgelt wird folgende Jahresmiete für den Wasserzähler berechnet:

Table with 2 columns: Zählergröße (mm Durchmesser) and Jahresmiete (M.). Rows include 15 mm, 20 mm, 25 mm, 30 mm, 40 mm, 50 mm, 65 mm, 80 mm, 100 mm, 125 mm, 150 mm, 200 mm.

§ 29. Eine vorübergehende Unterbrechung der Wasserleitung oder eines anderen baulichen Zubehörs hat den Abnehmer nicht zu einem Abzug am Wasserentgelt oder an der Wasserzählermiete.

§ 30. Wenn in einem mit Wasser versorgten Grundstück ein Vermieteter wohnt, so ist die Berechnung des Wasserpreises nach dem durch den Vermieter bestimmten Mietzins zu erfolgen...

§ 31. Zur Wahrung des Anspruchs auf Rückzahlung hat der Abnehmer das Unvermietet- und Unbenutztsein spätestens 4 Wochen nach Beginn des Jahres dem Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt schriftlich anzuzeigen...

§ 32. Auf Verlangen des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes ist in solchen Grundstücken oder Grundstücken, für welche die Berechnung des Wasserpreises nach dem Steuerwert stattfindet, Wasserzähler anzubringen...

§ 33. Befehlsverweigernde Amtshandlungen des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes entscheidet die Gas- und Wasserzählerkommission und in höherer Instanz der Stadtrat.

§ 34. Veränderungen der Wasserleitungsordnung, die vom Stadtrat in den Tagesordnungen bestimmt sind, muß der Abnehmer unbedingt mit der Ausführung des Wasserentgelts einverstanden sein...

§ 35. Wenn ein Wasserzähler den festgesetzten Verbrauch gar nicht oder unzulänglich vor dem Verbrauch, so ist dies nach dem Wasserentgelt zu berücksichtigen...

Bekanntmachung über Steuerbücher

1. Nach § 50 des Einkommensteuergesetzes ist jeder Arbeitnehmer verpflichtet, sich vor Beginn jedes Kalenderjahres über den Beginn eines Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohnortes ein Steuerbuch ausstellen zu lassen.

2. Den hier wohnenden Arbeitnehmern, die bei der am 20. Oktober 1921 hier vorgenommenen Personalausnahme in der Wohnung als Arbeitnehmer bezeichnet worden sind, werden ihre Steuerbücher von der Schatzmannschaft bis Ende dieses Jahres ausgestellt...

3. Auf dem Steuerbuch sind die Personalfachen der Steuerpflichtigen eingetragen; ferner ist festzusetzen, auf wieviel sich der von seinem Arbeitgeber vorzunehmende Steuerabzug jährlich ermäßigt...

4. Maßgebend für den Eintrag der Personalfachen und für die Berechnung der Steuerermäßigung sind die Angaben in der Wohnungskarte. Das Steuerbuch bezieht sich also auf den Stand vom 20. Oktober 1921.

5. Um die (vom Arbeitgeber gemäß Ziffer 3, Satz 3 zu erhebende) Steuerermäßigung wird der 10prozentige Steuerabzug vom Lohn oder Gehalt getätigt, den der Arbeitgeber vorzunehmen hat...

6. Sind die Einträge in das Steuerbuch auf Grund unrichtiger Angaben bei der Personalausnahme erfolgt, so werden sie vom Stadtrat, Statistischem Amt berichtigt, wenn ihm eine neue, vom Hausbesitzer unterschrieben als richtig anerkannte Wohnungskarte vorgelegt wird.

7. Der Steuerpflichtige kann Erhöhung der in dem Steuerbuch eingetragenen Steuerermäßigung beantragen, wenn die Zahl der zu seiner Haushaltsführung gehörenden minderjährigen Kinder und der von ihm zu unterhaltenden mittellosen Angehörigen um wenigstens 2 größer ist...

8. Diejenigen Arbeitnehmer, die zur Abgeltung der nach § 13 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Abzüge (insbesondere der Werbungskosten) ihre Steuer um mehr als 50 M. ermäßigt wissen wollen...

9. Empfänger von Ruhe- oder Entlastungsbehalten, die ihre Bezüge von einer auswärtsigen Stelle erhalten, müssen ihre Steuerbücher unverzüglich dieser Stelle einreichen.

10. Das Bürgermeistereiamt. Kaiserstr. 61. Th. Zenker. gegenüb. der Hochschule.

Ruhholz-Bergebung. Das Rheinbaumarkt Karlsruhe verdingt 1074 Stück Pappel- und sonstige Ruhholzstämme aus dem staatseigenen Rheinwald...

Hüte, Mützen, Sport-Artikel, Schirme, Umformen, alte Hüte. Kaiserstr. 61. Th. Zenker. gegenüb. der Hochschule.

Advertisement for Th. Zenker, featuring a hat illustration and text: 'Hüte, Mützen, Sport-Artikel, Schirme, Umformen, alte Hüte. Kaiserstr. 61. Th. Zenker. gegenüb. der Hochschule. Mützenmacher Hutmacherei'.